Von: Reg Oberfranken) <
Gesendet: Donnerstag, 21. November 2024 14:18
An: mail@ib-weber.gmbh
Betreff: BLP Gemeinde Neuenmarkt, Solarpark Neuenmarkt - Ihr Schr. v. 15.10.2024

Sehr geehrter Herr Weber,

vielen Dank für die Beteiligung an o. a. Bauleitplanverfahren. Im Rahmen der frühzeitigen Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB übermitteln wir folgende Hinweise:

Baurecht:

Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens ist auch bei PV-Freiflächenanlagen eine Umweltprüfung durchzuführen. Werden Bebauungspläne aufgestellt, geändert oder ergänzt, so wird eine ggfs. erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG einschließlich der Vorprüfung im Aufstellungsverfahren grundsätzlich als Umweltprüfung nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs durchgeführt (§ 50 Abs. 1 Satz 1 UVPG).

Bei einer Durchsicht der Unterlagen fiel auf, dass vorliegend zwar festgestellt wird, dass "gemäß dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (...) für ein Städtebauprojekt für sonstige bauliche Anlagen, für welches ein Vorhaben- und Erschließungsplan mit einer zulässigen Grundfläche von mehr als 10 ha aufgestellt wird, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen [ist]" (Ziff. 1.10, S. 15). Die notwendige Konsequenz wird jedoch nicht gezogen, vielmehr wird im weiteren Textverlauf versucht, mit einer "allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls" zu argumentieren, die jedoch nur bei zulässigen Grundflächen von 20.000 m² bis 100.000m² einschlägig ist. Mittels eines Zirkelschlusses gelangt man am Ende zu der Schlussfolgerung, dass das Vorhaben nicht UVP-pflichtig sei, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten seien (Ziff. 3 Zusammenfassung, S. 37).

Diese Vorgehensweise ist unzulässig:

Bei dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt es sich um eine Zulassungsentscheidung nach § 2 VI Nr. 3 UVPG iVm Nr. 18.7.1 der Anlage 1 zum UVPG, weil er die Zulässigkeit eines Städtebauprojekts im Außenbereich mit einer zulässigen Grundfläche von mehr als 100.000 m² begründet. Maßgeblich ist insofern nicht bloß die Grundfläche, die die Fundamente in Anspruch nehmen dürfen, sondern die gesamte Fläche, die von Photovoltaikanlagen überdeckt werden darf, hier also 0,8 x 322.651 m², zzgl. der Verkehrsflächen. Dies folgt daraus, dass Nr. 18.7 der Anlage 1 zum UVPG auf § 19 II BauNVO Bezug nimmt. Danach handelt es sich bei der zulässigen Grundfläche um den ausgehend von der Grundflächenzahl zu errechnenden Anteil des Baugrundstücks, der von baulichen Anlagen überdeckt werden darf. Der Begriff der Überdeckung setzt schon dem Wortsinn nach nicht voraus, dass alle in Betracht kommenden Teile der baulichen Anlage eine unmittelbare Verbindung mit Grund und Boden haben müssen. Auch in den Luftraum hineinragende Teile können die Grundstücksfläche iSv § 19 II BauNVO überdecken. Vor diesem Hintergrund sind die von Photovoltaikanlagen überdeckten Flächen bei der Bestimmung der überdeckten Grundfläche mitzurechnen (vgl. zuletzt OVG Lüneburg NVwZ 2024, S. 1688).

Deshalb (und auch weil es sich um eine Neuaufstellung, nicht nur Änderung oder Ergänzung eines Bauleitplans handelt) ist auch das hier in Bezug genommene "vereinfachte Verfahren" nach § 13 BauGB unzulässig (§ 13 Abs. 1 Ziff. 1 BauGB).

Da der Umweltbericht folglich qualitativ die Anforderungen einer UVP erfüllen muss, sind auch die hierfür erforderlichen Erhebungen durchzuführen. Mindestens wird u.E. die Durchführung einer speziellen